

Redaktionsschluss: 6. Juli 2009

Nr. 14/09

INHALT

INNENPOLITIK

Bundeskanzler Faymann: Schnelle Hilfe für Hochwasser-Opfer
Zentralmatura kommt: Regierungsparteien erzielen Einigung
Infrastrukturministerin Bures untersagt Schließung von 193 Postämtern
Novelle zum UVP-Gesetz

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Unterstützung für Österreichs Anti-GVO-Initiative
Bundespräsident Fischer zu Besuch in der Ukraine
20 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs: Heinz Fischer in Budapest
Bundeskanzler Faymann in Rom
Russland lobt Österreichs aktive Neutralitätspolitik
Palästinensischer Regierungschef Fayyad zu Kurzbesuch in Wien

WIRTSCHAFT

OECD: Österreich hält sich in globaler Krise besser als andere
Wifo/IHS: Ab 2010 leichtes Wachstum für Österreichs Wirtschaft
AUA/Lufthansa: EU-Kommission verschiebt Übernahme-Entscheidung

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Russischer Außenminister Lawrow gab Österreich Akten zurück
EU-Bildungsprogramm: Spitzenplatz für Österreichs Hochschulen
Ingeborg Bachmann-Preis 2009 an Jens Petersen
Andrea Breth erhielt Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst
Österreichisches Theatermuseum: Les Ballets Russes 1909-1929
Meisterwerke der Moderne aus der Wiener Albertina
Schallaburg gedenkt Napoleons
WAGNER:WERK: Die Dekonstruktion der Moderne in Prag

SPORTPOLITIK

„Sauber und gesund“: Neues Netzwerk zur Doping-Prävention
Erfolg für Minister Darabos: NADA erhält nun Recht auf Akteneinsicht

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressedienst, A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/2, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53115-2880, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.
Herausgegeben vom Bundespressedienst-Wien.

Bundeskanzler Faymann: Schnelle Hilfe für Hochwasser-Opfer

Die österreichische Bundesregierung verspricht den Opfern der jüngsten Hochwasser-Katastrophen rasche und unbürokratische Hilfe. Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzminister Josef Pröll haben nach dem Ministerrat am 30. Juni betont, „kein Flutopfer im Stich“ zu lassen. Die Mittel für Hilfsmaßnahmen seien vorhanden und würden bei Bedarf aufgestockt. Gleichzeitig dankte der Bundeskanzler allen Helferinnen und Helfern für deren bisher geleisteten Einsatz. Laut Endbericht seien bis Ende Juni insgesamt 10.000 Feuerwehrleute, 3.000 Polizei- und 200 Rettungskräfte sowie 600 Bundesheerangehörige im Einsatz gewesen. Zudem stünden weitere 10.000 Soldaten bereit.

Künftig sollen die Zusammenarbeit der Einsatzkräfte noch besser koordiniert und für die mittlerweile exakt definierten Risikogebiete rechtliche Bestimmungen allenfalls nachgebessert werden. Unter anderem erwägt Faymann ein Bauverbot in ausgewiesenen Risikozonen, zumindest aber die verpflichtende Errichtung von entsprechenden Schutzbauten gegen Hochwässer. Es könne nicht sein, so Faymann, dass in Risikogebieten billige Grundstücke gekauft würden und am Ende der Staat für die Schutzmaßnahmen aufkommen müsse. Eine Lösung soll bis zum Herbst vorliegen. Zum Schutz der Bevölkerung vor Naturgefahren stehen für den Zeitraum 2007 bis 2016 Investitionsmittel in Höhe von insgesamt 2,9 Mrd. Euro bereit.

Geprüft werden soll in Sachen Hochwasserschutz zudem eine Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, wobei der Bundeskanzler an eine Rückführung der Zuständigkeit von den Gemeinden zum Bund denkt.

Ein in Zusammenarbeit von allen zuständigen Ressorts (Inneres, Verteidigung, Infrastruktur, Umwelt), Ländern, Einsatzorganisationen und Experten erstelltes Konzept liegt bereits vor. Mit der „Strategie 2020“ sollen Wege der optimierten organisationsübergreifenden Kooperation aufgezeigt werden. ■

Zentralmatura kommt: Regierungsparteien erzielen Einigung

Die neue teilzentrale Matura wird erstmals 2014 an allen allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS) umgesetzt. Die berufsbildenden höheren

Schulen (BHS) folgen ein Jahr später. Gelten werden die neuen Regelungen auch für Externistenmatura und Berufsreifeprüfung.

Unterrichtsministerin Claudia Schmied hat am 26. Juni gemeinsam mit den Bildungssprechern von ÖVP und SPÖ, Werner Amon und Elmar Mayer, die Matura-Reform präsentiert. Die neue standardisierte, kompetenzorientierte Reifeprüfung bringe „mehr Qualität, mehr Vergleichbarkeit und vor allem Fairness“ sowie einen Wandel in der Lehr- und Lernkultur, so Schmied.

Die neue Matura besteht aus drei Säulen: Eine vorwissenschaftliche Arbeit, die bei der mündlichen Matura präsentiert wird, standardisierte schriftliche Klausuren (bundesweit an einem Tag) in den Pflichtfächern Deutsch, Mathematik und erster lebender Fremdsprache sowie die mündlichen Prüfungen, die in der Kompetenz der Schule bleiben. Schulautonome Schwerpunkte müssen bei mindestens einer der drei Säulen berücksichtigt werden. Die Beurteilung der schriftlichen Pflichtklausuren erfolgt nach einem zentral vorgegebenen Notenschlüssel.

Neuerungen soll es auch in der Schulverwaltung geben, und zwar im Rahmen der großen Verwaltungsreform. Dazu gab es am 29. Juni eine Einigung der fünf Parlamentsparteien. Details sind noch keine bekannt. Bundeskanzler Werner Faymann sprach von Überlegungen zu einem neuen Lehrerdienstrecht. Unterrichtsministerin Schmied will die Schulverwaltung vereinfachen und Zuständigkeiten auf Bundesebene bündeln, wogegen allerdings die ÖVP opponiert. ■

Infrastrukturministerin Bures untersagt Schließung von 193 Postämtern

Infrastrukturministerin Doris Bures hat am 30. Juni per Bescheid gemäß Postgesetz die Schließung von 193 Postämtern untersagt, die von der Post AG im März angemeldet worden waren und für die bisher weder ein Ersatz durch Postpartner noch ausreichend dokumentierte Gespräche mit Bürgermeister vorliegen. Ersatz gibt es hingegen für jene 100 Postämter, die seit 1. Juli geschlossen werden. Bis Jahresende soll es insgesamt 1.650 Poststellen geben. ■

Novelle zum UVP-Gesetz

SPÖ und ÖVP haben sich auf eine Neuregelung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) geeinigt. Damit sollen die Verfahren beschleunigt und EU-Recht umgesetzt werden. ■

Unterstützung für Österreichs Anti-GVO-Initiative

Im Kampf um Selbstbestimmung der EU-Länder beim Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) konnte Österreichs Umweltminister Niki Berlakovich einen ersten Erfolg verbuchen: Beim Treffen der EU-Umweltminister am 25. Juni in Luxemburg haben 15 EU-Staaten die österreichische Initiative unterstützt. Namentlich dabei: Deutschland, Frankreich, Polen, Bulgarien, Ungarn, Slowenien, Irland, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta, Litauen, Lettland, Luxemburg und die Niederlande. Laut Berlakovich haben sich auch Großbritannien, Italien und Spanien für eine Fortsetzung der Debatte zu diesem Thema ausgesprochen. Die EU-Kommission habe sich bereit erklärt, einen Vorschlag vorzulegen. ■

Bundespräsident Fischer zu Besuch in der Ukraine

Bundespräsident Heinz Fischer hat am 6. Juli einen dreitägigen Arbeitsbesuch in der Ukraine angetreten. Begleitet wird er vom Präsidenten der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Christoph Leitl, und einer Wirtschaftsdelegation. Auf dem Programm stehen Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko, Regierungschefin Julia Timoschenko sowie Parlamentspräsident Wladimir Litwin. Zentrale Themen sind neben bilateralen Fragen die EU-Annäherung der Ukraine und die internationale Wirtschaftskrise. ■

20 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs: Heinz Fischer in Budapest

Politiker aus ganz Europa haben am 27. Juni in Budapest des Falls des Eisernen Vorhangs vor 20 Jahren gedacht. An der Feier im ungarischen Parlament nahmen neben Bundespräsident Heinz Fischer und den Staatschefs aus Deutschland, Finnland, Slowenien und der Schweiz auch ranghohe Vertreter aus über 20 anderen Ländern teil. Am 27. Juni 1989 hatten die damaligen Außenminister Ungarns und Österreichs, Gyula Horn und Alois Mock, an der Grenze zwischen beiden Ländern symbolisch den Stacheldraht durchschnitten und damit das Ende der Teilung Europas eingeleitet. Bereits zwei Monate zuvor hatte Ungarn damit begonnen, die Grenzanlagen abzubauen. Die um die Welt gehenden Bilder von diesem symbolischen Akt an der Grenze führten dazu,

dass im Sommer 1989 tausende Bürgerinnen und Bürger der damaligen DDR als Touristen nach Ungarn und in die frühere Tschechoslowakei reisten, um auf eine Gelegenheit zur Ausreise in den Westen zu warten. Im August gab es erste Ausreisen über Österreich nach Westdeutschland, Ungarn erlaubte am 11. September allen Ostdeutschen die Ausreise. Am 9. November fiel die Berliner Mauer, am 3. Oktober 1990 erfolgte die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Für Europa sei dies ein Auftrag, „im Geiste von 1989 Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz weltweit zu unterstützen“, erklärte Fischer in seiner Festrede. ■

Bundeskanzler Faymann in Rom

Die Wirtschaftskrise, der Brennerbasistunnel und der kommende G-8-Gipfel in L'Aquila (8.-10. Juli) standen im Mittelpunkt eines Treffens von Bundeskanzler Werner Faymann und Italiens Premier Silvio Berlusconi am 26. Juni in Rom. Beide Seiten betonten, dass der Brennerbasistunnel eine Priorität sei und man auf einen möglichst baldigen Baubeginn hoffe. Faymann verwies auf die nachhaltige Finanzierung des Projekts, was schwierig sei, da neben Österreich die EU, Italien und Deutschland beteiligt und jeweils an ihre Budgets gebunden seien. ■

Russland lobt Österreichs aktive Neutralitätspolitik

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am 23. Juni in Wien die aktuelle Rolle Österreichs im UN-Sicherheitsrat sowie dessen „aktive Neutralitätspolitik“ positiv unterstrichen. Dies spiegelte sich auch in der Vielzahl der in Wien angesiedelten internationalen Organisationen wider, sagte Lawrow bei einem Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann. Faymann erhielt eine Einladung von Präsident Dmitri Medwedjew und Premier Wladimir Putin. Dieser Termin wird voraussichtlich im heurigen Herbst stattfinden. ■

Palästinensischer Regierungschef Fayyad zu Kurzbesuch in Wien

Der palästinensische Regierungschef Salam Fayyad hat am 30. Juni bei einem Kurzbesuch in Wien für eine Versöhnung zwischen Hamas und Fatah plädiert. Er glaube, dass ein Staat Palästina auch ohne Israels Zustimmung machbar sei. ■

OECD: Österreich hält sich in globaler Krise besser als andere

Österreich hat sich in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise besser gehalten als andere hochentwickelte Staaten. Das attestiert der jüngste Länder-Bericht der OECD (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Grund für eines der noch immer höchsten Bruttoinlandsprodukte (BIP) pro Kopf sei die starke Dynamik bis Anfang der frühen 1990er-Jahre, von der Österreich nach wie vor profitiere. Allerdings habe Österreich in den letzten 15 Jahren vor der Krise den Anschluss gegenüber den besten Ländern verloren.

Die OECD-Experten sehen zwei Ursachen für den Abwärtstrend: Menschen mit geringer Qualifikation würden zu wenig in den Arbeitsprozess integriert. Und: Im Gegensatz zur Industrie hinke der geschütztere Dienstleistungsbereich dem internationalen Wettbewerb deutlich hinterher.

Österreichs Maßnahmen zur Bewältigung der Krise finden Lob, die OECD mahnt jedoch zu einer raschen Strategie für den Schuldenabbau. Die Verschlechterung der Budgetposition Österreichs wird als substanziell und unvermeidlich eingestuft, weshalb es wichtig sei, den Haushalt auf solidem Fundament zu konsolidieren, sobald die Rezession vorbei sei. Basieren sollten diese Maßnahmen auf Ausgabenkürzungen. Möglichkeiten für Einsparungen werden im Gesundheitswesen, bei kommunalen Diensten und in der öffentlichen Verwaltung gesehen. Mehreinnahmen könnten höhere Konsum-, Grund- und Umweltsteuern bringen, was aber den Plänen der Bundesregierung diametral entgegensteht. Steuererhöhungen wurden bisher zumindest kurz- und mittelfristig kategorisch ausgeschlossen.

Große Zustimmung kommt von der OECD für das neue Haushaltsrecht mit mehrjährigen Budgetobergrenzen. Österreich habe zudem Fortschritte bei Begrenzung der Pensionsausgaben gemacht. Hauptrisiko bleibt laut Österreich-Bericht der OECD das hohe Osteuropa-Engagement der heimischen Banken. Im Falle einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage könnte möglicherweise eine „weitere Unterstützung des Finanzsektors nötig“ werden.

Die Rezession in Zentral- und Osteuropa (CEE) treffe vor allem die österreichischen Exporte und Bankgewinne – mit negativen Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum, Einkommen und Beschäftigung. Trotzdem sollte Österreich bei anhaltend positivem Wachstumsdifferenzial zwischen CEE-

und EU-Ländern von seinen wirtschaftlichen Beziehungen mit den CEE-Ländern weiterhin profitieren. Insgesamt habe die größere Offenheit der österreichischen Volkswirtschaft sich in den letzten Jahren bezahlt gemacht. ■

Wifo/IHS: Ab 2010 leichtes Wachstum für Österreichs Wirtschaft

Österreichs Wirtschaft werde heuer infolge der schwersten globalen Rezession in der Nachkriegsgeschichte zwar kräftig schrumpfen, doch Experten erwarten bereits für kommendes Jahr wieder ein leichtes Wachstum. Für 2009 gehen Wifo (Wirtschaftsforschungsinstitut) und IHS (Institut für Höhere Studien) von einem BIP-Rückgang um 3,4 % bzw. 4,3 % aus. Für 2010 prognostizieren beide Institute ein kleines Plus von 0,5 % bzw. 0,3 %. 2008 hatte die heimische Wirtschaft noch ein Wachstum in Höhe von 1,8 % verzeichnet. Die Zahl vorgemerakter Arbeitsloser in Österreich dürfte 2009 und 2010 insgesamt um rund 100.000 auf knapp 310.000 steigen, erwarten die Wirtschaftsexperten.

Im Juni betrug die Zahl der Jobsuchenden 229.703, was im Jahresvergleich einen kräftigen Anstieg von 33 % bedeutet. Gegenüber Mai gab es jedoch saisonbedingt einen Rückgang um 10.000 Personen. Damit sei Österreich etwas glücklich, was nur ganz wenige andere Länder geschafft haben, erklärte Sozialminister Rudolf Hundstorfer am 1. Juli vor Journalisten. Nach EU-Kriterien sei die heimische Arbeitslosenquote somit um 0,5 Prozentpunkte auf 4,2 % gestiegen. Im EU-Vergleich rangiere Österreich hinter den Niederlanden auf Platz 2. Österreichs gutes Abschneiden sei „der Beweis, dass die Maßnahmen der Regierung sowie die Vermittlungsqualität des Arbeitsmarktservice greifen“, so Hundstorfer. ■

AUA/Lufthansa: EU-Kommission verschiebt Übernahme-Entscheidung

Die EU-Kommission hat am 1. Juli entschieden, für den Verkauf der Austrian Airlines (AUA) an die deutsche Lufthansa eine vertiefte Prüfung einzuleiten. Begründet wurde dies unter anderem mit möglichen Streckenmonopolen und höheren Ticketpreisen für die Konsumenten. Entschieden werden soll auch über die 500 Mio. schwere Staatshilfe an AUA. Die AUA-Führung kündigte indes einen verschärften Sparkurs mit Abbau von rund 1.000 Stellen bis Mitte 2010 an. ■

Russischer Außenminister Lawrow gab Österreich Akten zurück

Ein Sattelschlepper voller Akten ist Mitte Juni von Moskau nach Wien gefahren: Russland gab Österreich historische Archive zurück, die russische Truppen im Zweiten Weltkrieg erbeutet hatten. Am 23. Juni übergab der russische Außenminister Sergej Lawrow seinem österreichischen Amtskollegen Michael Spindelegger symbolisch zwei Stücke für die mehrere Tonnen schwere Ladung. Doch die rund 11.000 Faszikel, so der Fachterminus für Archivmappen, sind längst nicht alles: Weitere Akten lagern noch in Moskau und harren ihrer Restitution.

Die Nazis hatten das Aktenmaterial im Zweiten Weltkrieg beschlagnahmt, nach Berlin und dann nach Schlesien gebracht, wo es schließlich in die Hände der russischen Truppen fiel. Lange Zeit war unklar, ob die Unterlagen noch existierten. Erst in den 90er Jahren konnten österreichische Historiker Zugang zum Moskauer „Sonderarchiv“ erlangen und das Material sichten: Gerhard Jagschitz und Stefan Karner gaben dann 2006 das Buch „Beuteakten aus Österreich“ heraus.

Seit 2007 verhandelten Österreich und Russland über eine Restitution, 2008 waren die Kisten gepackt. Das Österreichische Staatsarchiv wird die Akten nun sichten. Für Herbst ist laut Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) auch eine Ausstellung geplant. Auf eine Restitution warten allerdings noch Materialien der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), Freimaurer- und Paneuropa-Union-Akten. Sie könnten bis 2010 rückerstellt werden.

Schon seit längerer Zeit wird im übrigen auch über die Rückgabe der sogenannten Pehlewi Papyri aus der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB) und über 1.664 aus der Esterházy-Privatstiftung stammende Bücher verhandelt, die 1945 aus Eisenstadt (Burgenland) in die UdSSR abtransportiert wurden. ■

EU-Bildungsprogramm: Spitzenplatz für Österreichs Hochschulen

Großer Erfolg für Österreichs Hochschulen bei der jüngsten Ausschreibung im Rahmen des EU-Bildungsprogramms Erasmus Mundus External Cooperation Window. Von 39 durch die Europäische Kommission für das akademische Jahr

2009/10 genehmigten Projekten sind neun mit österreichischer Beteiligung.

Mit den Projekten werden 2.000 Studentinnen und Studenten aus EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten in ihrer individuellen Mobilität bei Auslandssemestern unterstützt. Mit einem Anteil von drei Viertel liegt der Schwerpunkt auf Studierenden aus Drittstaaten.

Die meisten Partnerschaften mit ausländischen Netzwerken wurden von der Universität Graz abgeschlossen. Sie ist u.a. an Projekten mit Hochschulen in Ägypten, dem Westbalkan, China und Südamerika beteiligt. Ebenfalls von der Europäischen Kommission ausgewählt wurden die Universitäten Wien, Innsbruck und die Universität für Bodenkultur in Wien.

Besonders stark sind die österreichischen Hochschulen dabei in China engagiert. Von den insgesamt fünf im Rahmen von Erasmus Mundus External Cooperation Window geförderten Programmen finden drei mit österreichischer Beteiligung statt.

Das seit 2006 bestehende „Erasmus Mundus External Cooperation Window“ ist seit 2009 als eigene Aktion im EU-Bildungsprogramm Erasmus Mundus II integriert. Für die nun abgeschlossene Ausschreibung standen insgesamt 163,5 Mio. Euro von der Europäischen Kommission für Projekte zur Verfügung. Über 6.300 Studentinnen und Studenten aller Abschnitte – vom Bachelor bis zum PostDoc sowie Lehrende – können damit in ihrer Mobilität unterstützt werden. ■

Ingeborg Bachmann-Preis 2009 an Jens Petersen

Der diesjährige mit 25.000 Euro dotierte Ingeborg Bachmann-Preis ging an den in der Schweiz lebenden deutschen Arzt und Schriftsteller Jens Petersen (32). Darauf hat sich die Jury des Lese-Wettbewerbs in Klagenfurt am 28. Juni geeinigt. Petersen setzte sich mit seinem Romanzug „Bis dass der Tod“ gegen Ralf Bönt mit 5 zu 2 Stimmen durch. Der Deutsche Ralf Bönt erhielt den Kelag-Preis (10.000 Euro) für seinen Text „Der Fotoeffekt“.

Petersen stammt aus Pinneberg bei Hamburg. Nach einem Medizinstudium in München und Übersee arbeitete er am Friedrich-Bauer-Institut in München. Mittlerweile ist er nach Zürich übersiedelt, wo er auch seine neurologische Facharzt-Ausbildung absolviert hat. Der zwei Meter große

Cabrio-Fahrer gibt sich völlig unpräzise und arbeitet mit seinem Werk Erfahrungen im medizinischen Alltag auf, der ihm Beruf ist. „Das Interessante daran ist, dass man sehr unmittelbar mit den Menschen zu tun hat.“ Man brauche sein geistiges Refugium, wenn man sich mit zwei so unterschiedlichen Welten befasst wie der Medizin und der Schriftstellerei, meint er. Die Erfahrungen mit Schmerz und Tod würden natürlich auch seine Literatur prägen, ihn inspirieren.

Niederschlag finden diese oftmals ambivalenten Erfahrungen und Eindrücke aus dem Mediziner-Alltag daher auch in dem eben mit dem Bachmann-Preis ausgezeichneten Roman „Bis dass der Tod“, einem düsteren Text über eine Beziehung und deren tragisches Ende. Die Frau des Protagonisten Alex ist offenbar infolge einer schweren Krankheit zum Pflegefall geworden. Alex muss ihr Morphium spritzen, sie umfassend versorgen. Nach vielen Jahren intensiver Pflege erschießt er sie, den geplanten Selbstmord führt er allerdings nicht aus. Die Vorbereitungen für die Verzweiflungstat werden detailliert beschrieben, die Sprache des Autors ist dabei fast schmerzhaft direkt.

Der mit 7.500 Euro dotierte 3sat-Preis ging an den Deutschen Gregor Sander für „Winterfisch“. Den Ernst-Willner-Preis (7.000 Euro) erhielt die Deutsche Katharina Born für ihren Text „Fifty Fifty“. Der per Internet-Stimmabgabe vergebene Hypo-Group-Publikumspreis (7.000 Euro) ging an den Deutschen Karsten Krampitz.

Der Ingeborg Bachmann-Preis wird seit 1977 in Erinnerung an die 1926 in Klagenfurt geborene Autorin verliehen. Er ist einer der bedeutendsten literarischen Auszeichnungen im deutschsprachigen Raum. ■

Andrea Breth erhielt Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst

Der deutschen Regisseurin Andrea Breth, 56, wurde am 23. Juni das vom Bundespräsidenten verliehene Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse von Kulturministerin Claudia Schmied überreicht, die sagte: „Sie zeigen uns, dass es in der Kunst des Mutes, neue Wege zu beschreiten, bedarf“.

Die Rede des durch Endproben für Mozarts „Cosi fan tutte“ in Zürich verhinderten Wunsch-Laudators Sven-Eric Bechtolf verlas die Schauspielerin Elisabeth Orth. In seinem Text verwies Bechtolf auf den „doppelten Blick“ der Geehrten und hob Breths gefeierte Inszenierungen von Schillers

„Don Karlos“ und Lessings „Emilia Galotti“ hervor: „Hellsichtig erlaubst Du Deinen Figuren, in ihrer existentiellen Dunkelheit zu verbleiben“. Proben mit Breth glichen „Expeditionen zu Lande und zur See. Der Kompass wird dabei zu Hause gelassen“.

Die Feierstunde wurde von Wolfgang Mitterer und Georg Nigl musikalisch umrahmt.

Bei den Salzburger Festspielen wird Andrea Breth die Wiederaufnahme ihrer erfolgreichen „Verbrechen und Strafe“-Inszenierung – nach Dostojewski – wieder betreuen.

In dem kürzlich im Rotbuch Verlag edierten Gesprächsbuch mit der Theaterkritikerin Irene Bazinger „Frei für den Moment. Regietheater und Lebenskunst“ erklärt Andrea Breth ausführlich ihre Entwicklung, ihre Arbeitsmethoden und äußert sich auch über ihre manisch-depressive Erkrankung, unter der sie seit Jahren leidet. ■

Österreichisches Theatermuseum:
Les Ballets Russes 1909-1929

Anna Pawlowa, Wazlaw Nijinsky, Michel Fokine, George Balanchine, Igor Strawinsky, Léon Bakst, Pablo Picasso: Immer neue Schwärme von Künstlern – Tänzer, Choreographen, Komponisten, Bildende Künstler – versammelte der russische Impresario Sergej Diaghilew in seinen legendären Ballets Russes und schickte diese erste „touring company“ des 20. Jahrhunderts durch Europa und die ganze Welt.

Wie lässt sich aber inmitten aller kulturellen Vielfalt das „Russische“ erfassen, der rote Faden, der viele der Produktionen verband? Welche Themen gestalteten die Ballets Russes? Welche Auswirkungen hatten der Westen und die weit verzweigten Tourneebewegungen der Kompanie auf die Ästhetik ihrer Bild- und Bewegungswelten?

All dem geht die mit zahlreichen Leihgaben aus Russland ausgestattete Sonderausstellung im Österreichischen Theatermuseum (Untertitel: „Russische Bildwelten in Bewegung“) nach und bringt neue wissenschaftliche Thesen zur berühmtesten Ballettkompanie des 20. Jahrhunderts.

Die Schau entstand in Kooperation mit dem Deutschen Theatermuseum in München anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des ersten Auftritts der Ballets Russes in Paris. „Petrouchka“, „Der Feuervogel“, „Der goldene Hahn“ – berühmte Kreationen, die den expressiven Zauber des Balletts atmen, die vom eleganten Frankreich so geliebte Exotik Russlands, welche von Picasso und Strawinsky, von Bäuerlichkeit und Konstrukti

vismus geprägt wurde. Die Pawlowa wurde zu einer Ikone der Moderne, Nijinsky zum Vater einer ganzen Ballettradition. Porzellanfiguren der umschwärmten Tänzer, Nijinskys Notizbuch mit Aufzeichnungen zu *Le Sacre du Printemps* oder sein ausgebeulter Ballettschuh strahlen auch heute noch etwas Magisches aus.

Als Bewunderer der Ballets Russes und „großer Befürworter der Ausstellung“ werden der künftige Staatsoperndirektor Dominique Meyer und der designierte Ballettchef Manuel Legris am 16. September im Theatermuseum einen Vortrag halten. „Sommerabende im Palais“ Lobkowitz gestalten berühmte Schauspieler wie Erwin Steinhilber, Helmuth Lohner oder Erika Pluhar.

Bis 27. September. www.theatermuseum.at ■

Meisterwerke der Moderne aus der Wiener Albertina

Zum ersten Mal seit ihrem 250-jährigen Bestehen zeigt die Wiener Albertina eine Dauerausstellung aus eigenen Beständen. Möglich gemacht hat dies die Übernahme der Sammlung Batliner. Sie wird durch Dauerleihgaben der Sammlungen Forberg, Ploil sowie einer österreichischen Privatsammlung, die fünf Gemälde von Gerhard Richter an die Albertina übergeben hat, ergänzt.

Mit rund 260 Werken schlägt die neu eingerichtete Schausammlung in 29 Räumen und Galerien auf 3.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche einen Bogen über die spannendsten Kapitel aus 130 Jahren Geschichte der Malerei vom französischen Impressionismus bis in die jüngste Gegenwart. Mit dieser Erstpräsentation der gesamten Schausammlung der neuen Albertina wurde auch der Carl Djerassi Raum eröffnet, der Paul Klee gewidmet ist.

Die Neupositionierung des Museums wurde durch die großen Mäzene Herbert und Rita Batliner ermöglicht, die 2007 ihre in eine Stiftung eingebrachte wertvolle Kunstsammlung mit über 300 Gemälden von Monet über Picasso, Matisse, Modigliani, Nolde, Kirchner, Malewitsch und Giacometti bis zu Rothko, Bacon, Katz, Baselitz und Kiefer als Vermächtnis der Albertina übergaben. Rita und Herbert Batliner haben seit den 1950er Jahren Kunst gesammelt und dabei ihren Schwerpunkt von den Meistern der Klassischen Moderne auf die Kunst der Gegenwart verlagert.

Die Etablierung der permanenten Schausammlung gibt der Albertina ein neues Profil. Die alte fürstliche und die neue Sammlung verzahnen sich dabei überaus vielfältig. www.albertina.at ■

Schallaburg gedenkt Napoleons

Die Schallaburg bei Melk (Niederösterreich) zeigt bis 1. November die Ausstellung „Napoleon – Feldherr, Kaiser und Genie“ und widmet sich seiner Persönlichkeit und seinem Leben in allen Facetten: vom politischen Aufstieg des jungen korsischen Aristokraten über seine Herrschaft in Frankreich und weite Teile Europas bis zu seinem Tod in der Verbannung auf St. Helena.

Kostbare Exponate aus bedeutenden Museen der Welt, wie dem Kunsthistorischen Museum Wien, dem Louvre, der Fondation Napoléon in Paris und der Eremitage in St. Petersburg, illustrieren das umstrittene Wirken des viele Menschen bis heute faszinierenden Korsen. www.schallaburg.at ■

WAGNER:WERK: Die Dekonstruktion der Moderne in Prag

Als Beitrag zu den 2009 stattfindenden grenzüberschreitenden Kulturprojekten zwischen Tschechien und Österreich zeigt das WAGNER:WERK Museum Postsparkasse bis 29. August bei freiem Eintritt die Ausstellung „cubiCZmus! Die Dekonstruktion der Moderne in Prag“. Für die Präsentation gibt es wohl keinen geeigneteren Ausstellungsort als Otto Wagners Postsparkasse in Wien, seinen Schlüsselbau, wo er alle seine theoretischen Überlegungen in gebaute Architektur und gestaltetes Interieur umsetzt. Die am Ausstellungsort stattfindende Konfrontation der Wagnerischen Moderne mit dem darauf reagierenden tschechischen Kubismus – eine der eigenständigsten künstlerischen europäischen Stilentwicklungen – visualisiert These und Antithese in der Architektur des beginnenden 20. Jahrhunderts. Der Wagner-Schüler Jan Kotěra übte als Professor an der Prager Kunstakademie und Gründer der Architekturklasse großen Einfluss auf die nachfolgende Architektengeneration aus. In seinem Atelier arbeitete 1908/09 neben Josef Gočár auch der Begründer des tschechischen Kubismus, Pavel Janák. Nach Paris wurde Prag ab 1909 zum zweitwichtigsten Zentrum des kubistischen Stils in Europa. Die Kubisten bezogen auch die Gebrauchsgrafik, also u.a. Buchillustrationen, Werbeplakate und Plakatkunst in ihre Theorien ein. Der tschechische Kubismus nahm eine Reihe späterer Strömungen vorweg und verhalf einem im Umbruch befindlichen Staat zu erstärkter kultureller Identität.

www.ottowagner.com ■

„Sauber und gesund“: Neues Netzwerk zur Doping-Prävention

Höher, schneller, weiter: Der Kampf gegen Doping hat scheinbar kein Ende. Kaum ist ein Fall aufgedeckt, folgt der nächste. Aber nicht nur Leistungssportler dopen, sondern auch Hobbysportler greifen bewusst oder unbewusst zu unerlaubten Arzneien. Auf Initiative des Österreichischen Apothekerverbands wurde daher gemeinsam mit dem Sportministerium und der Nationalen Anti-Doping Agentur (NADA) das neue Netzwerk „Sauber und Gesund“ gegründet, das gezielt auf umfassende Aufklärung und Prävention bei Hobbysportlern setzt.

„Um Doping im Breitensport wirksam zu bekämpfen, müssen wir in die Köpfe der Sportler. Es braucht verstärkt Aufklärung und Information über die negativen Folgen von Doping. Mit dieser neuen Initiative geschieht genau das. Die Freizeitsportler werden auf die gesundheitlichen Gefahren aufmerksam gemacht“, begründet Sportminister Mag. Norbert Darabos sein Engagement im neuen Netzwerk. In Österreich ist ein extremer Anstieg von Arzneimittelmisbrauch im Breiten- und Hobbysport zu verzeichnen. Von 2007 bis zum Vorjahr ist die Zahl der Strafanzeigen im Zusammenhang mit Arzneimittelmisbrauch um fast 100 Prozent gestiegen.

„Arzneimittel sind ein kostbares Gut und in erster Linie dazu bestimmt, Krankheiten zu heilen oder die Gesundheit zu erhalten. Arzneimittel werden aber auch missbräuchlich verwendet. Der positive Charakter des Breitensports, seine positive Auswirkung auf die Gesundheit, wird damit ins Gegenteil verkehrt. Mit der neuen Informationsbroschüre ‚Sauber und Gesund‘ möchten wir Aufklärungsarbeit bei den Hobbysportlern leisten und sie eindringlich auf die gesundheitlichen Schäden aufmerksam machen, die sogar tödlich sein können“, warnt auch der Präsident des Österreichischen Apothekerverbands, Dr. Friedemann Bachleitner-Hofmann in der neuen Informationsbroschüre des Netzwerks.

Rund 250.000 kostenlose Informationsbroschüren liegen seit kurzem österreichweit in allen 1.200 Apotheken auf. Sie sollen Hobbysportler über die gesundheitlichen Gefahren von Arzneimittelmisbrauch im Sport aufmerksam machen.

Außerdem bietet der Österreichische Apotheker-Verlag in Zusammenarbeit mit der PR-Data GmbH eine laufend aktualisierte Informationsdatenbank zum Thema Doping und Arzneimit-

telmissbrauch an, die ab sofort ebenfalls allen Apotheken in Österreich zur Verfügung steht. Die Broschüre „Sauber und gesund“ und weiterführende Informationen finden sich auch unter www.apoverband.at und www.nada.at ■

Erfolg für Minister Darabos: NADA erhält nun Recht auf Akteneinsicht

Im Kampf gegen Doping ist auf Initiative von Sportminister Norbert Darabos ein weiterer Meilenstein gesetzt worden. Als Ergebnis der von Darabos eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe Anti-Doping hat das Justizministerium nun per Erlass festgehalten, dass der Nationalen Anti-Doping Agentur (NADA) bei begründetem rechtlichem Interesse Akteneinsicht im Sinne des § 77 Abs. 1 StPO zusteht. Die NADA kann somit prüfen, ob in begründeten Verdachtsfällen die Einleitung von Kontroll- und Disziplinarverfahren notwendig ist.

Dazu Darabos: „Es ist uns hiermit ein großer Erfolg gelungen. Akteneinsicht für die NADA wurde von mir mit Nachdruck gefordert. Ich bedanke mich bei Justizministerin Claudia Bandion-Ortner für diesen gemeinsamen Schritt in die richtige Richtung. Die NADA benötigt dringend Informationen von der Staatsanwaltschaft, um gegebenenfalls gegen Athletinnen und Athleten vorgehen zu können, die sportrechtlich gegen den WADA-Code oder das Anti-Doping Bundesgesetz verstoßen haben, und um entsprechende Sanktionen aussprechen zu können. Ansonsten könnte es passieren, dass Dopingsünder weiterhin ungestört bei Wettkämpfen an den Start gehen, was wir vermeiden wollen.“

Auch Andi Schwab, Geschäftsführer der NADA, begrüßt die Entscheidung des Justizministeriums sehr: „Es wird mit dieser Möglichkeit der Akteneinsicht auch der Wunsch von vielen „sauberen“ Sportlern erfüllt. Immer wieder wurde verlangt, dass es nicht sein kann, dass die Staatsanwaltschaft von möglicherweise gedopten Sportlern weiß, die NADA aber mangels Informationen und geeigneten Unterlagen keine Chance hatte, ein Verfahren gegen diese einzuleiten.“

Bisher sind Anträge der NADA mit der Bitte um Akteneinsicht von der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. Dank dem Erlass, der allen in Strafsachen tätigen Richterinnen und Richtern, allen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie allen Bezirksanwältinnen und Bezirksanwälten zur Kenntnis gebracht wird, soll sich dies in Zukunft ändern. ■